

# Lewentz zu rundem Tisch bereit

CDU-Opposition übt im Mainzer Landtag erneut Kritik an der Personalstärke der rheinland-pfälzischen Polizei

**MAINZ (nob).** Innenminister Roger Lewentz (SPD) ist nun doch bereit, mit den Gewerkschaften an einem runden Tisch über die umstrittene Reform der Polizeistruktur in Rheinland-Pfalz zu reden.

Im Landtag sagte der Minister gestern, er habe mit dem Landesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Dietmar Muscheid, eine solche Gesprächsrunde vereinbart und er freue sich auf den Meinungsaustausch. Muscheid hatte am Wochenende nach wiederholter Gewerkschaftskritik an der geplanten Reform und an anderen Sparmaßnahmen der Landesregierung im öffentlichen Dienst einen solchen runden Tisch verlangt. Lewentz hatte zunächst eine öffentliche Stellungnahme zu der Forderung abgelehnt.

Für die CDU-Opposition im Landtag waren die Klagen der Gewerkschaften erneut Anlass zu deutlicher Kritik an der personellen Ausstattung der Polizei. Der CDU-Abgeordnete Matthias Lammert zitierte Vorwürfe aus den Reihen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Koblenz. „die sogenannte ‚Polizeireform‘ sei ‚ein Flasko‘“. „Treffender kann man es nicht auf den Punkt bringen, sagte Lammert. Die Polizei im Land sei überlastet, die Sicherheit der Bevöl-

kerung inzwischen gefährdet. Lammert wiederholte die Forderung der CDU und der Polizeigewerkschaften, im Land so viele Polizeibeamte einzustellen, dass sich in der Summe 9000 Vollzeitstellen ergeben. Die rot-grüne Landesregierung hat angekündigt, die Anzahl der Polizisten von 9360 auf 9014 zu senken. Nach Schätzungen der Gewerkschaften entspricht dies wegen zunehmender Teilzeitarbeit aber nur 8800 Vollzeitstellen – mit sinkender Tendenz.

Lewentz wies die Kritik zurück. Die Polizei im Land sei hervorragend ausgestattet und ausgerüstet, gemessen an seiner Sicherheitslage sei Rheinland-Pfalz Spitze im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Auch die Beförderung von 500 Polizeibeamten im Sommer sei „angesichts der Schuldenbremse so schlecht nicht“. Für 2013 sei wieder die doppelte Anzahl von Beförderungen vorgesehen, sagte Lewentz.

Die Grünen-Abgeordnete Katharina Raué räumte ein, viele Polizisten arbeiteten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Landesweit seien 1,7 Millionen Überstunden aufgelaufen. Die Sicherheitslage sei dennoch hervorragend. Wer mehr Polizisten einstellen wolle, müsse sagen, woher das Geld genommen werden solle, appellierte Raué an die CDU.



Einer der Polizeieinsätze in diesem Monat: Zum Auftakt des Rocker-Prozesses sichern Polizeibeamte das Landgericht in Kaiserslautern. FOTO: VIEW